

Thema aus „dem Sommerschlaf“ reißen

LUFTVERKEHRSABGABE Europa-Abgeordneter Hans-Peter Mayer will Treffen mit EU-Kommission arrangieren

Die Wangerooger sind sauer: Sie haben den Eindruck, Berlin „mauert“ bei der Luftverkehrsabgabe.

VON JÖRG GRABHORN

HARLESIEL/WANGEROOGE – Um die umstrittene Luftverkehrsabgabe ist es still geworden. Das Thema befinde sich gewissermaßen „im Sommerschlaf“, sagte Jan Lüpken Brunzema, Geschäftsführer der Luftverkehr Friesland-Harle (LFH) in Harlesiel. Vom Tisch ist es jedoch mitnichten.

Das wurde gestern bei einem Treffen der CDU Wangerooge mit dem CDU-Europa-Abgeordneten Hans-Peter

Mayer (Vechta) auf dem Flugplatz Harlesiel deutlich. Auch Insel-Bürgermeister Holger Kohls sowie Rolf Harms, Prokurist der Reederei Norden-Frisia, nahmen daran teil. Norden-Frisia betreibt den Luftverkehr zwischen Norddeich und Juist.

Die Flugverkehrssteuer war im vergangenen Jahr in Berlin beschlossen worden und trat zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft. Die Abgabe soll Anreize für umweltgerechtes Verhalten schaffen. Sie gilt für alle Flüge, auch für die „Fünf-Minuten-Flüge“ (Brunzema) zu den Ostfriesischen Inseln, obwohl Insulaner und andere Personenkreise wegen der tideabhängigen Schiffsverbindungen auf dieses Verkehrsmittel angewiesen sind.

Die Abgabe hat bei den Luftverkehrsunternehmen zu massiven Einbrüchen bei den Passagierzahlen geführt. Im Mai seien es 40 Prozent verglichen mit dem Vorjahresmonat gewesen, sagte Brunzema. Und die Insulaner sehen die Wettbewerbssituation von Wangerooge als Urlaubsinsel beeinträchtigt.

Pro Einstieg müsse jeder Fluggast 8 Euro zuzüglich 2 Euro Bearbeitungsgebühr zahlen, sagte Brunzema. Bei Hin- und Rückflug also 20 Euro. Das gelte auch für Kinder, für die ein Flugticket 13,50 Euro koste. Das stehe in keinem Ver-

hältnis zu einem Flug nach Mallorca, so Brunzema. Er kritisierte auch den Verwaltungsaufwand für Ausnahmegenehmigungen für Insulaner, medizinisches Personal und Personen mit hoheitlichen Aufgaben.

„Es liegt nicht an Brüssel, es liegt an Berlin“

JOSEF MENDE,
CDU WANGEROOGE

Nach Mayers Worten hat es der Bund versäumt, wie üblich im Vorfeld des Gesetzesvorhabens bei der EU eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen. Dieser Antrag sei erst nach der Beschlussfassung erfolgt, aber mit einer unzureichenden Begründung – und in Brüssel abgelehnt worden. So ist auch die praktizierte Ausnahmere-

gelung für Insulaner, medizinisches Personal und Träger hoheitlicher Aufgaben noch nicht von der EU-Kommission genehmigt. Damit werde es laut Mayer aber kaum Probleme geben. Schwieriger werde es, eine Ausnahmeregelung für Urlauber genehmigt zu bekommen, schließlich seien die ja die Zielgruppe der Abgabe.

Dass in der Sache es offenbar keine Fortschritte gibt, „liegt nicht an Brüssel, es liegt an Berlin“, sagte Josef Mende, stellvertretender Vorsitzender der CDU Wangerooge. „Dabei haben sich die Bundestagsabgeordneten schon auf die Schulter geklopft“, kritisierte Vorstandskollegin Bärbel Herfel ihre eigenen Parteifreunde. Bürgermeister Kohls sagte:

„Wir haben den Eindruck, in Berlin wird gemauert. Die wollen keine Ausnahmeregelung für Touristen.“

Aus dem Berliner Finanzministerium seien kaum konkrete Informationen zum Sachstand zu bekommen, hieß es in der Gesprächsrunde. Aus diesem Grund will Mayer noch vor der Sommerpause ein Treffen der Insulaner und der betroffenen Luftverkehrsunternehmen mit Vertretern der EU-Kommission arrangieren. Davon erhoffen er und die Insulaner sich näheren Aufschluss darüber, welche Anstrengungen die Bundesregierung bislang unternommen hat, um von Brüssel eine Ausnahmeregelung genehmigt zu bekommen.